

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 5

Artikel: Hartes Vorgehen im Sarkozy-Land gegen Papierlose : Repression gegen Migrantinnen. Teil 2
Autor: Schaffroth, Thomas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390147>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Die Französische Revolution war im Jahre 1789 historisch gewissermassen zur Patin der universellen Erklärung der Menschenrechte geworden. Und 1948 hatte Frankreich auch die von der neu geschaffenen UNO ausgearbeitete Menschenrechtserklärung unterzeichnet.

Zwischen 1998 und 2008 ist aber die 5. Republik vom Europäischen Strafgerichtshof für Menschenrechte in Strassburg 494 Male wegen deren Übertretung oder Nichtbeachtung verurteilt worden, mehrheitlich wegen deren Vorgehen gegen Papierlose. Im gleichen Zeitraum sind bloss Russland, die Türkei und Italien öfters als das Ursprungsland der Menschenrechte kritisiert worden.



Aber wie die «gueux», (Lumpenproletariat) vor dem Sturm auf die «Bastille», so haben nun auch die Papierlosen in Frankreich seit einiger Zeit begonnen, sich selbst zu wehren. Anfang Jahr gab es in der Region Paris mehrere Tausend Papierlose, die, vorwiegend im Gastgewerbe, in einen Streik getreten sind, um Aufenthaltspapiere zu erhalten. Und manchmal gelingt es auch, dass der gemeinsame Druck von Arbeitgebern, Arbeitnehmern tieferen Lohnkategorien und der Öffentlichkeit die Behörde zum Nachgeben zwingt.

Einige Beispiele sollen das harte Klima unter der Verantwortung von Nicolas Sarkozy im Umgang mit papierlosen MigrantInnen verdeutlichen. Im Jahre 2005 sind Nijazi et Nazaqete Demiri mit ihren drei minderjährigen Kindern aus dem Kosovo geflüchtet. Sie sind AlbanerInnen. Der Vater von Nijazi ist von Albanern ermordet worden, weil er beruflich mit Serben zusammengearbeitet hatte. Und Nijazi ist selbst mehrmals von Unbekannten zusammengeschlagen worden. Als das Haus der Familie angezün-

Thomas Schaffroth

Hartes Vorgehen im Sarkozy-Land gegen Papierlose

Repression gegen MigrantInnen 2

Schon fast glaubt man nicht mehr so recht, dass Präsident Sarkozy, der irgendwie nur halb erfolgreiche Politentertainer, auch mal jener harte und rechte Innenminister war, der gegen Jugendliche und MigrantInnen mit Nulltoleranz agierte und noch weniger, dass er sich darin treu geblieben ist. Dabei ist die Tatsache offenkundig, dass ein hoher Anteil der WählerInnen der neofaschistischen extremen Rechten unter Jean-Marie Le Pen im Jahre 2007 zum damaligen konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy übergelaufen war, weil er durch seine Sprüche den autoritären «starken Mann» markierte.

Diese Wählerschaft galt es im Hinblick auf die Regionalwahlen im März bei der Stange zu halten. So forderten der Minister «für Immigration, Integration und nationale Identität» Eric Besson sowie Arbeits- und Sozialminister Xavier Bertrand vor kurzem gemeinsam verschärfte Kontrollen auf Arbeitsstellen, um dort beschäftigten «illegalen AusländerInnen» auf die Schliche zu kommen. Genützt hat es wenigstens Sarkozy nichts. Seine Partei hat die Regionalwahlen deutlich verloren.

Thomas Schaffroths Bericht von menschenrechtswidrigen Ausschaffungen in Frankreich zeigen, vor welchem repressivem Hintergrund die französischen Sanspapiers letzten Herbst und Winter ihre Streikaktionen durchgeführt haben.

det worden ist und sie alles verloren hatten, was sie besaßen, beschlossen sie, ins Ausland zu fliehen. In Frankreich angekommen, haben sie sogleich um politisches Asyl ersucht, welches abgelehnt worden ist. Seit ihrer Ankunft im Jahre 2005 lebte die Familie in zentralfranzösischen Departament von Lozères. Dort hatte ihnen eine Vereinigung, die sich um politische Flüchtlinge kümmert, eine Wohnung organisiert. Die drei Kinder wurden sogleich eingeschult. Während zwei Jahren führte die Familie Demiri ein einigermaßen normales Leben. Bis am 5. September, 2007, als in aller Frühe die Polizei auftauchte. Die Familie wurde verhaftet und ins Ausschaffungsgefängnis von Marseille transportiert. Lehrer und Lehrerinnen der Kinder organisierten sofort einen Anwalt. Das Verwaltungsgericht von Marseille lehnte einen Rekurs gegen die verordnete Landesverweisung ab. Offizielle Begründung: «fehlende Dokumente, die beweisen, dass die Familie im Kosovo an Leib und Leben bedroht ist». Am 20. September, nach über zwei Wochen Haft, ist die Familie mit einer Militärmaschine ausgeschafft worden. Die Mutter und die Kinder wohnen zur Zeit bei Bekannten in einem Dorf, während der Vater sich versteckt hält, weil er weiterhin um sein Leben fürchtet.

Juristisch haltlos

Ein anderes Beispiel aus dem Lande der Menschenrechte: Hedi Messaoudi, 32-jährig, lebte und arbeitet seit neun Jahren in Südfrankreich. Als Maurer hatte er einen festen Arbeitsvertrag bei einer Baufirma, aber keine Aufenthaltspapiere, ein «Papierloser», wie es heisst. Deshalb ist er bei einer Personenkontrolle verhaftet und am vergangenen Donnerstag mit einem Fährschiff von Marseille nach Tunis ausgeschafft worden. Hinter sich liess er seine beiden Kinder Kenza und Marouane, sowie deren Mutter Sylvie, die Lebensgefährtin von Hedi. Die Kinder und ihre Mutter haben

die französische Staatsbürgerschaft. Und «ihr» Staatspräsident Sarkozy hat nun also zumindest die Sozialstatistik mit einem Vater ohne Papiere und mit zwei vaterlosen Kindern angereichert.

Doch auch unbescholtene Franzosen bekommen es mit der Polizei zu tun, wenn sie sich beispielsweise für papierlose ImmigrantInnen einsetzen. Wie etwa der 74-jährige Alain Mermoz. Er verteilte im Dezember vor einem Jahr in der südfranzösischen Stadt Aix-en-Provence auf einem öffentlichen Platz Flugblätter zur Verteidigung der Rechte der AusländerInnen in Frankreich. Diese waren von der christlichen Flüchtlingshilfe-Organisation CIMADE verfasst worden, welcher Alain selbst angehört. Als ein Gemeindepolizist ihn aufgefordert hatte, von seinem Tun abzulassen, fuhr er weiter mit der Verteilung seiner Traktate. Eine herbeigerufene Polizeistreife nahm ihn fest und setzte den ansonsten unbescholtenen älteren Mann für 18 Stunden in Untersuchungshaft, um ihn anschliessend kommentarlos wieder freizulassen. In diesem Beispiel hatte die Polizei nicht einmal die Anklage «Widerstand gegen Behörde» erhoben, wie sie im Falle von Untersuchungshaft meistens ohne ersichtlichen Grund zu tun pflegt. Was um so mehr unterstreicht, dass die Aktion der Dorfpolizei von Aix juristisch haltlos war, aber im heutigen Frankreich schon fast alltäglich. Zwischen 2002 und 2008 ist die Zahl der Untersuchungshäftlinge von 53 510 auf 66 716 gestiegen, eine Zunahme von gegen 25 Prozent. Im gleichen Zeitraum war Sarkozy vorerst Innenminister und dann Staatspräsident. Nebst den überfüllten und zumeist völlig veralteten Gefängnissen, die laut Europarat zu den skandalösesten auf dem ganzen Kontinent gehören, hat das Regime Sarkozy noch eine andere Kategorie von Kerkern für Papierlose geschaffen: die sogenannten «centres de retention administratives» (CRA), Ausschaffungsgefängnisse. In Frankreich

existieren heute offiziell 31 dieser Kerker, mit jeweils 40 bis 140 Plätzen. Zudem gibt es im ganzen Lande zusätzlich noch mindestens 60 Lokale, zumeist an Flughäfen und Bahnhöfen, die von den Präfekturen verwaltet werden und in welchen eine unbekannte fluktuierende Zahl von AusländerInnen festgehalten werden, die keine Aufenthaltspapiere haben. Im Jahre 2008 sind in diesen beiden Arten von Spezialgefängnissen mindestens 35 000 Menschen festgehalten worden; die durchschnittliche Aufenthaltsdauer vor der Abschiebung ins Ausland betrug 13 Tage. Offiziell kann diese Haft aber auch bis zu 32 Tage dauern, eine Höchstmass im EU-Raum. Der französischen Regierung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, eine Gruppe der Bevölkerung zu kriminalisieren, die weder Raub noch Totschlag begangen hat, sondern bloss keine Aufenthaltspapiere besitzt.

Um die Effizienz der staatlichen Ordnungskräfte messen zu können, hat ihr Chef, Präsident Sarkozy, die Ausschaffung auch als erste Priorität im Pflichtenheft der Beamten in den Präfekturen verordnet, noch vor dem Kampf gegen das Drogengeschäft oder gegen Gewaltverbrechen. Folglich haben sich viele Papierlose in den letzten Jahren nicht mehr gewagt, sich auf den Präfekturen zu melden, um für die mangelnden Aufenthaltspapiere zu ersuchen. Denn es sprach sich herum, dass dadurch eine Verhaftung und eine Ausschaffung unter Umständen beschleunigt werden. Damit die Ordnungsgskräfte ihr Plansoll, jährlich mindestens 25 000 Papierlose auszuschaffen (Stand 2008) erfüllen konnten, ohne einfach in den Präfekturen oder bei Personenkontrollen fündig zu werden, haben sie gewissermassen neue «Jagdgründe» erschlossen – so etwa Primarschulen, Spitäler, Orte, in welchen die Polizei in Frankreich ohne Spezialbewilligung bis anhin nicht einfach freien Zutritt für Personenkontrollen hatte.

Die Geschichte von Armen Vauban, zeigt, wie die Polizei unter Umständen nicht davon zurückschreckt, Kleinkinder zu missbrauchen, um AusländerInnen ohne gültige Aufenthaltsbewilligungen verhaften zu können.

Die albanischen Eltern von Armen sind 2003 aus Serbien geflüchtet und haben in Frankreich um politisches Asyl ersucht, das abgelehnt worden ist. Die Familie lebte seitdem versteckt, ihr Knabe ist allerdings eingeschult. Die Polizei meldete sich in der Schule und gab vor, seine Eltern hätten einen schweren Unfall gehabt und sie wollten Armen zu ihnen ins Spital bringen. Die Schuldirek-



torin verlangte Details zu wissen, bis die Polizisten eingestanden, dass sich Armens Eltern in Untersuchungshaft befanden. Sie weigerte sich nun, Armen gewissermassen auszuliefern.

Vorerst unterstützte die zuständige Instanz der Erziehungsdirektion die Schulleiterin. Die Polizei mobilisierte nun direkt das Ministerium. Und nach einem Telefonanruf wurde der Schulleiterin zu verstehen gegeben, dass sie nachgeben müsse. Die Polizei hat Armen zu seinen Eltern gebracht und die ganze Familie anschliessend in ein Ausschaffungsgefängnis überführt. ●

*Demonstration für
Sans Papiers in Paris
am 13. Februar 2010.
(Foto: Nouvel Obser-
vateur)*